



## MEDIENINFORMATION

An die Redaktionen

**Ansprechpartner:**  
**Nina Gerstenkorn**  
(Pressereferentin)

Telefon  
0751 409-227

E-Mail  
presse@weingarten.ihk.de

29.01.2026

### Hintergrundbericht zur Medieninformation Nr. 05/2026 der IHK Bodensee-Oberschwaben

## **IHK-Konjunkturbericht Jahresbeginn 2026: Hintergrundbericht „Blick in die Branchen“**

Ein Blick in die verschiedenen Branchen zeigt, dass die Wirtschaft weiterhin vor erheblichen Herausforderungen steht. Die weltpolitischen Rahmenbedingungen sind von hoher Unsicherheit geprägt. Anhaltende geopolitische Spannungen, eine mittlerweile stark protektionistisch geprägte Weltwirtschaft sowie schwer kalkulierbare handelspolitische Entscheidungen des US-Präsidenten belasten die Planungs- und Investitionssicherheit der Unternehmen.

Hinzu kommen innenpolitische Herausforderungen am Standort Deutschland, die sich auch auf die Unternehmen in der Region Bodensee-Oberschwaben auswirken. Kostenbelastungen und regulatorische Anforderungen bleiben hoch. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt erste leichte Stabilisierungstendenzen, kann zum Jahresbeginn aber keinen Schwung aufnehmen.

### **Industrie: Positive Signale, (Auf-)Schwung fehlt aber noch**

Nach fast zwei Jahren überwiegt erstmals wieder die positive Bewertung der Geschäftslage unter Industrieunternehmen: 33 Prozent beurteilen ihre Geschäftslage als gut, 24 Prozent als schlecht. Inlands- und Auslandsumsatz haben sich leicht erholt, jedoch berichten nach wie vor noch mehr Unternehmen von fallenden als von steigenden Umsätzen. Die Ertragslage kann sich damit etwas entspannen. Auch die Auftragslage zeigt im Trend wieder nach oben, sowohl der Inlands- als auch der Auslandsauftragseingang konnten zulegen (plus 22 beziehungsweise 7 Prozentpunkte gegenüber dem Herbst). Die Kapazitätsauslastung liegt mit rund 78 Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt.

Die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben weitgehend unverändert. Die Unternehmen sehen sich weiterhin mit einer schwachen Inlandsnachfrage konfrontiert (72 Prozent). Hinzu kommen hohe Arbeitskosten (55 Prozent der Nennungen). Der

höhere Mindestlohn, von dem die Industrie direkt wenig betroffen ist, birgt die Gefahr, dass die Unternehmen ihr Gehaltsgefüge insgesamt anpassen müssen und damit die Lohnkosten steigen. Auch die Energiepreise liegen in Deutschland noch vergleichsweise hoch und stellen für 45 Prozent der Betriebe ein Risiko dar. Große Unsicherheiten ergeben sich durch geopolitische Spannungen (50 Prozent der Nennungen), aber auch durch die Wirtschaftspolitik in Deutschland (42 Prozent der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich).

### **Erwartungen an die Geschäftsentwicklung**

Die Geschäftserwartungen haben sich leicht verbessert, aber verharren seit Frühjahr 2025 auf niedrigem Niveau; der Anteil pessimistischer Unternehmen überwiegt nach wie vor. Eine breit getragene Aufbruchsstimmung ist bislang ausgeblieben. Dennoch haben sich die gesamten Umsatzerwartungen für die kommenden zwölf Monate zum dritten Mal in Folge verbessert. Ein möglicher Treiber ist das Sondervermögen der Bundesregierung, das Teile der Industrie mit Aufträgen stärkt.

Insgesamt bewerten die regionalen Industrieunternehmen ihre Exporte weiterhin verhalten und profitieren sehr wenig aus dem globalen Wirtschaftswachstum.

- **Eurozone:**  
Nach Einschätzung der Industrieunternehmen gehen von den Exporten in die Eurozone derzeit keine nennenswerten Wachstumsimpulse aus.
- **USA:**  
Industrieunternehmen berichten, dass die Exporte in die USA weiter rückläufig sind – vor allem aufgrund bestehender Handelszölle und politischer Unsicherheiten.
- **Süd- und Mitteleuropa:**  
Die Industrieunternehmen sehen bei den Exporten nach Süd- und Mitteleuropa einen leichten Aufwärtstrend, vermutlich mit Blick auf das Mercosur-Abkommen. (Die Verschiebung des Mercosur-Abkommens im EU-Parlament an den EUGH fand nach Abschluss der Konjunkturumfrage statt.)
- **Asien / Pazifik:**  
Industrieunternehmen beobachten in der Region Asien / Pazifik leichte Rückgänge, da China zunehmend vom Absatzmarkt zum Wettbewerber wird.

Die Industrieunternehmen bleiben bei Inlandsinvestitionen zurückhaltend, ein kleiner Aufwärtstrend ist dennoch erkennbar. Diese Investitionsschwäche stellt ein Risiko für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Region dar. Investitionen erfolgen überwiegend aus Ersatzbedarf (74 Prozent), zur Rationalisierung (56 Prozent) oder im Rahmen von Digitalisierungsprojekten (50 Prozent, Mehrfachnennungen möglich). Eine breit angelegte Investitionsdynamik ist derzeit nicht erkennbar. Die Beschäftigungsabsichten haben sich leicht stabilisiert. Dennoch erwarten weiterhin mehr Unternehmen sinkende als steigende Beschäftigtenzahlen. Der Arbeitsmarkt bleibt damit unter Druck, auch wenn sich der Abwärtstrend abschwächt.

## **Bau: Investitionen aus Sondervermögen kommen noch nicht an**

Die Geschäftslage und Ertragslage im Baugewerbe werden überwiegend als befriedigend bis gut eingeschätzt. Der Auftragseingang kann auf niedrigem Niveau im Bereich Straßen- und Tiefbau sowie im Wohnungsbau zulegen. Die Baukonjunktur springt aber noch nicht an, die bekannten Risiken bleiben bestehen: Als zentrale Risiken nennen die Bauunternehmen die Wirtschaftspolitik, die schwache Inlandsnachfrage und hohe Arbeitskosten. Die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate fallen sogar etwas pessimistischer aus als im Herbst. Die Auswirkungen des sogenannten „Sondervermögens“ der Bundesregierung sind bislang offenbar zu wenig im Bausektor spürbar. Die Beschäftigungsabsichten bleiben mehrheitlich stabil.

## **Handel**

### **Einzelhandel: Weihnachtsgeschäft enttäuscht**

Die aktuelle Geschäftslage im Einzelhandel bleibt im Vergleich zum Herbst nahezu unverändert: 38 Prozent der Einzelhändler bewerten ihre Lage als schlecht, nur 17 Prozent als gut. Das Weihnachtsgeschäft, die zentrale Umsatzphase für den Einzelhandel, blieb hinter den Erwartungen und den Ergebnissen des Vorjahres stark zurück. Nur 5 Prozent der Einzelhändler konnten in den vergangenen Monaten ihren Umsatz steigern, 62 Prozent mussten Umsatzeinbußen hinnehmen. Auch die Ertragslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Die Stimmung kann sich so nicht aufhellen. Das Kaufverhalten der Kundinnen und Kunden bleibt zurückhaltend, vor allem aufgrund wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten sowie Sorgen um den Arbeitsplatz. Als größte Risiken nennen die Unternehmen die schwache Inlandsnachfrage (83 Prozent der Nennungen), hohe Arbeitskosten (67 Prozent der Nennungen) und hohe Energiepreise (57 Prozent der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich). Für die kommenden zwölf Monate rechnen die meisten Betriebe nicht mit einer Verbesserung. Die Mehrheit der Einzelhändler erwartet weiterhin sinkende Umsätze – auch hier eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr. Die Investitionsbereitschaft bleibt gering und konzentriert sich vor allem auf Ersatzbedarf. Auch bei der Beschäftigung planen die meisten Unternehmen mit stabilen oder leicht rückläufigen Entwicklungen.

### **Großhandel: Bodenbildung bei wenig Zuversicht**

Die Beurteilung der Geschäftslage hat sich nicht weiter verschlechtert. Die Zahl der Unternehmen, die ihre Geschäftslage als gut einschätzen ist im Vergleich zum Herbst mit 17 Prozent unverändert. Auf 20 Prozent zurückgegangen ist die Zahl derer, die ihre Geschäftslage als schlecht einschätzen. Sowohl die Gesamtumsätze als auch die Ertragslage verbessern sich zwar, werden jedoch weiterhin häufiger negativ als positiv bewertet. Die Auftragseingänge signalisieren eine zurückhaltende Nachfrageentwicklung. Als zentrale Risiken nennen die Großhändler die schwache Inlandsnachfrage (70 Prozent der Nennungen), hohe Arbeitskosten (55 Prozent der Nennungen), wirtschaftspolitische Unsicherheiten (48 Prozent) sowie geopolitische Spannungen (43 Prozent der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich). Mehr als eine Bodenbildung sehen die Großhändler in ihrer aktuellen Situation noch nicht, denn die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der Geschäfts- und Umsatzentwicklung sind für die kommenden zwölf Monate überwiegend negativ.

## **Dienstleistungen insgesamt: Geschäftslage und Erwartungen rückläufig**

Über alle Dienstleistungssparten hinweg verschlechtert sich die Geschäftslage weiter. 34 Prozent der Dienstleister beurteilen ihre Geschäftslage als gut (6 Prozentpunkte weniger als im Herbst 2025), 22 Prozent als schlecht (3 Prozentpunkte mehr als im Herbst 2025). 43 Prozent sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden. Die Lagebeurteilung folgt damit der Umsatzentwicklung: Rund ein Drittel der Unternehmen verzeichnet Umsatzrückgänge, 26 Prozent können noch Umsatzsteigerungen erzielen. Damit gibt auch die Ertragslage nach. Der Auftragseingang lässt zu wünschen übrig. Als größte Risiken gelten die schwache Inlandsnachfrage mit 60 Prozent der Nennungen und hohe Arbeitskosten mit 46 Prozent der Nennungen. Auf Platz 3 der Risiken folgt die Wirtschaftspolitik. Die Erwartungen für die Geschäftsaktivität und die Umsätze in den kommenden zwölf Monate gehen stark zurück. Investitionen erfolgen vor allem in Ersatzbedarf (69 Prozent), Digitalisierung (51 Prozent) und Innovationen (45 Prozent). Die Beschäftigungsabsichten nehmen ab.

## **Unternehmensnahe Dienstleistungen: Stimmung trübt sich ein**

Unternehmensnahe Dienstleistungen spüren die negative Konjunktur der übrigen Wirtschaftsbranchen deutlich, was sich in einer weiteren Verschlechterung der Geschäftslage niederschlägt. Der Umsatz stagniert auf niedrigem Niveau, die Ertragslage hat sich verschlechtert. Als zentrale Risiken gelten die schwache Inlandsnachfrage, hohe Arbeitskosten und geopolitische Spannungen. Der Ausblick auf die Geschäftsentwicklung fällt überwiegend pessimistisch aus. Die Investitionen werden zurückgeschraubt, zunehmend wird gar nicht investiert. Dabei konzentrieren sich die Investitionen auf Innovationen in Service- und Vertriebsprozessen oder Digitalisierung. Im Vergleich zu den anderen Branchen waren die unternehmensnahen Dienstleister noch zahlreich auf Personalsuche, aber auch hier zeigt die Beschäftigung eine rückläufige Tendenz.

## **Hotel- und Gaststättengewerbe: Immer stärker unter Druck**

Die regionalen Gastgeber müssen weitere Umsatzrückgänge verkraften, sie können an das Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums nicht anknüpfen. Sowohl der Umsatz mit Geschäftsreisenden als auch mit Privatkunden ist zurückgegangen. Tendenziell laufen dabei die Umsätze mit Beherbergung besser als mit Restauration. Dementsprechend wird die Geschäftslage deutlich schlechter bewertet: Die negativen Rückmeldungen zur Geschäftslage (24 Prozent) überwiegen erstmals seit Corona wieder die positiven Rückmeldungen (18 Prozent), wobei die Hoteliers und Gastronomen das Vor-Corona-Niveau noch längst nicht wieder erreicht hatten. Die schwächelnden Umsätze sind das eine, hohe Arbeits-, Energie- und Rohstoffkosten drücken auf der anderen Seite das Ergebnis und gelten als größte Risiken für die Geschäftsentwicklung. Der Fachkräftemangel wird mit 58 Prozent noch hoch, aber weniger belastend als bisher eingeschätzt. Für die kommenden zwölf Monate sind die Betriebe dennoch etwas zuversichtlicher und erwarten eine Verbesserung der Geschäftslage, eventuell im Hinblick auf die Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen von 19 auf 7 Prozent seit dem 1. Januar 2026. Die Investitionsplanungen fallen schmaler aus. Die Beschäftigungspläne bleiben überwiegend stabil.



### **Kreditgewerbe: Kreditnachfrage der Unternehmen rückläufig**

Die Banken bewerten ihre Geschäftslage als gut bis befriedigend. Das Geschäftsvolumen bleibt unverändert. Während die Kreditnachfrage von Privatkunden gegenüber dem Herbst stabil ist, geht die Nachfrage von Unternehmen deutlich zurück. Die schwache Kreditnachfrage der Unternehmen spiegelt die branchenübergreifend zurückhaltende Investitionstätigkeit wider. Die Geschäftserwartungen der Banken bleiben gegenüber dem Herbst stabil. Die Risikovorsorge verharrt auf einem hohen Niveau.